

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neuenbürger Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 198

Mittwoch den 26. August 1931

89. Jahrgang

Der Reichsfinanzminister spricht in Stuttgart

Brüning will mit dem Parlament regieren

Stuttgart, 25. Aug. Bei der heutigen Tagung der Reichsfraktion des Zentrums in Stuttgart hielt Reichsfinanzminister Brüning eine größere Rede. Der Reichsfinanzminister schilderte seine Besprechungen mit den ausländischen Staatsmännern und setzte auseinander, welche Schwierigkeiten auf dem Gebiete der internationalen Politik und der Wirtschaft bestehen und wie Deutschlands Wirtschaft sich mit einem relativ kleinen Vertriebskapital weiterhin behaupten müsse. Die Bewegungsfreiheit der deutschen Politik müsse gerettet werden. Sie dürfe nicht durch falsche Maßnahmen auf politischem und finanziellen Wege erneut gefährdet werden. Die einzelnen Stände und Berufe in Deutschland müßten sich mehr als bisher auf ihre eigene Kraft konzentrieren. Die Besprechungen mit den amerikanischen Staatsdeputierten hätten ergeben, daß die Agrarfrage in Amerika in viel stärkerem Maße als in Deutschland fühlbar sei und daß man mit der Schädigung unserer Wirtschaftsweltweit wenig Einbruch bei ihnen hervorruft, da diese auf ihre eigene Not hinzuweisen in der Lage seien.

Es gelte zu zeigen, daß das deutsche Volk und seine politische Führung die besseren Kerne haben, daß wir durch das tiefe Tal dieses Winters hindurch müssen und daß wir nicht nach den Goldhügeln greifen dürfen, um nach Jahren zu erkennen, daß diese Goldhügel nur Staub gewesen seien.

Des weiteren behandelte der Reichsfinanzminister die verfehlten Kapitalanlagen in der deutschen Wirtschaft.

Die Nationalisierung sei seit vielen Jahren der Notwendigkeit vorausgesetzt. Die Kredite der Großbanken seien viel zu wenig vorsichtig untergebracht worden.

Die Gebälter, namentlich bei den landwirtschaftlichen Verbänden, seien ins Ungemessene gehiebert worden. Die Antikepolitik der Großstädte und auch der sonstigen Gemeinden ergebe rein zahlenmäßig ein erschütterndes Bild.

Württemberg und Baden hätten den Mut ausgebracht, unpopulär zu sein und sich selbst zu helfen. Andere Länder redeten viel über die Bedeutung des Föderalismus (Bayern) und seien selbst letzten Endes doch die Totengräber dieses Systems, wenn sie nicht den Mut zum Sparen ausbringen und ihre eigenen Finanzen endlich in Ordnung halten.

Mit der Heberzahlung in den Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften müsse endlich rücksichtslos Schluss gemacht werden.

Der Reichsfinanzminister behandelte dann weiterhin die Krise der Banken. Die mangelnde Tätigkeit und Verantwortung der Aufsichtsräte und führte als Beispiel die Nordwolle an. Das Traurige an diesem Falle sei die Tatsache, daß seit 5 Jahren dort Verhältnisse geherrscht haben, die noch der gerichtlichen Beurteilung bedürfen, ohne daß der Aufsichtsrat und ohne daß deutsche Großbanken eine Abnung von diesen Verhältnissen gehabt hätten. Die Reichsregierung habe erst über die Bank von England die Ueberwindung der Firma erfahren.

Es sei keineswegs Aufgabe der Regierung, für jede Pleite einzutreten. Das Aktienrecht müsse unbedingt reformiert werden. Die Vielzahl der Aufsichtsratsposten in einer Hand müsse beseitigt und eine begrenzte Bankaufsicht durchgeföhrt werden. Auch vor dem Direktorium und Generalrat der Reichsbank könne und wird die Regierung nicht halt machen.

Dr. Brüning behandelte des weiteren die Frage der Preisfestsetzung und betonte mit Nachdruck, daß mit Geizgen allein nicht zu helfen sei, solange das Publikum kritiklos jeden Preis bezahle.

Der Reichsfinanzminister wandte sich danach den Fragen der Innenpolitik zu und deutete an, daß eine Erweiterung des Kabinetts nach rechts oder links unter den gegebenen politischen Verhältnissen nicht möglich sei. Er lege nach wie vor Wert darauf, mit dem Parlament zu regieren, weil er persönlich davon überzeugt sei, daß mit einer Diktatur auf die Dauer das deutsche Volk nicht regiert werden könne. Ohne ein Parlament komme auf die Dauer ein Staat nicht aus.

Ueber die Außenpolitik sagte der Reichsfinanzminister, er sei entschlossen, mit der seitlichen Form der Diplomatie zu brechen. Es habe sich bei den Besprechungen mit den führenden Staatsmännern der großen Nationen gezeigt, daß diese Methode elastischer sei.

Brüning sprach dann über das Verhältnis zwischen England und Frankreich und wies auf die Regierungskrise in London hin, um dann weitere Ausführungen über die Londoner Konferenz und den Besuch in Italien zu machen.

Besprechungen über die Reichsreform

Berlin, 25. Aug. Eine Anzahl Morgenblätter berichten, daß der Reichsfinanzminister seine Reise nach Stuttgart zu der Fraktionssitzung des Zentrums gleichzeitig dazu benutzen wird, mit dem württembergischen und dem badischen Ministerpräsidenten, sowie mit Vertretern des Zentrums aus den übrigen deutschen Ländern über eine Reihe aktueller Themen zu verhandeln, darunter auch über die verschiedenen Vorforderungen zur Verwirklichung der Reichsreform. Wie die „Deutsche Allgemeine“ wissen will, soll zwischen dem Reichsfinanzminister und den beiden genannten Ministerpräsidenten über die Frage des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern grundsätzliche Uebereinstimmungen bestehen. Die Frage der Reichsreform soll auch auf der Zentrumsstagung selbst erörtert werden. Außerdem wird der Reichsfinanzminister der Fraktion auch über die neuesten Notverordnungen berichten.

Keine Verwaltungsreform durch Notverordnung

Berlin, 25. Aug. Die Vermutung, daß die neue Notverordnung über den Ausgleich der Etats in Ländern und Gemeinden auch den Anlaß zu einer Verwaltungsreform im kleinen geben könne, scheint eines tatsächlichen Dintergrundes zu entbehren. Die Berechtigung zu einem über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehenden Beamtenabbau wird den Ländern nicht gegeben. Neben der Kürzung der staatlichen und kommunalen Gehälter und Gehälter ohne Rücksicht auf die vertraglichen Bindungen wird ihnen lediglich die Ermächtigung erteilt, Privatdienstverträge zu ändern. Verträge, die sich nicht auf Personalausgaben beziehen, sondern auf Sachleistungen und Durchführung von Bauten, müssen selbstverständlich eingehalten werden. Aus dem Wortlaut der amtlichen Notiz glaubt man weiter schließen zu können, daß den Ländern nicht das Recht eingeräumt wird, unter Umgehung der Landesparlamente neue Einkommenquellen durch Verordnungen zu erschließen, das heißt also, neue Steuern zu diktieren.

Rassenversammlung, die hier gestern von der örtlichen Knosmierung abgehalten wurde, wurde die Entscheidung gefaßt, deutsche Waren zu boykottieren. Zur Durchführung dieses Beschlusses wurde ein besonderer Ausschuss eingesetzt. Als unmittelbare Ursache dieser unheimlichen Haltung gegen Deutschland wird die angebliche Lieferung von Waffen und Munition im Werte von 8 Millionen Dollar an Tschangkaifang angegeben, die faktisch mit einem nach Schanghai bestimmten deutschen Dampfer erfolgt sein soll. Deutschland wird ferner beschuldigt, die Zentralregierung in Peking durch Entsendung von 100 militärischen Ratgebern zu unterstützen, die beauftragt seien, die Arme der Kantingregierung im Gebrauch von Giftgas im Kampfe gegen die Regierung von Kanton zu unterstützen.

Neue Zivilprozessordnung

Berlin, 25. Aug. Nach jahrelangen Vorbereitungen ist nunmehr im Reichsjustizministerium ein Referentenentwurf zu einer neuen Zivilprozessordnung fertiggestellt und heute der Öffentlichkeit unterbreitet worden. Der Entwurf gibt namentlich dem Vollstreckungsverfahren völlig neue Grundzügen. Der Schutz des Gläubigers gegen den böswilligen Schuldner ist erheblich verstärkt worden. In diesem Zusammenhang sind auch für die Gerichtsvolkzylinder und das Offenbarungselbverfahren neue Grundzüge gefunden worden. Die weitere Entwicklung denkt sich das Reichsjustizministerium so, daß erst einmal die Kritik der Fachkreise und der öffentlichen Meinung abgewartet werden. Dann vielleicht, nach ungefähr halbjährlicher, wird ein endgültiger Entwurf ausgearbeitet, um den gesetzgebenden Körperschaften zugestellt zu werden.

Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden

Rom 24. August 1931

Berlin, 25. Aug. Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

1. Die Landesregierungen sind ermächtigt, alle Maßnahmen, die zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) erforderlich sind, im Verordnungswege vorzuschreiben. Sie können dabei von dem bestehenden Landesrecht abweichen.

2. Die Landesregierungen können insbesondere bestimmen, daß und in welcher Weise die Personalausgaben und andere Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) herabgesetzt werden. Verpflichtungen aus Verträgen bleiben unberührt, soweit es sich nicht um Personalausgaben handelt.

Dietramszell, den 24. August 1931.

Der Reichspräsident (gez.) von Hindenburg
Der Reichsminister (gez.) Dr. Brüning. Der Stellvertreter des Reichsministers und Reichsminister der Finanzen (gez.) Dietrich. Der Reichsminister des Innern (gez.) Dr. Wirth.

Boikott gegen deutsche Waren in Kanton

London, 26. Aug. Reuter meldet aus Kanton: Auf einer

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeitzeile über deren Raum 20 Kpf., Restausgabe 10 Kpf. Restausgabe 100 Druck. Zusätzl. Offerte und Aufnahmestellung 20 Kpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Abnahmefalles einseitig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten (soweit alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Geschäftsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für teils. Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Das neue englische Kabinett

Macdonald, Snowden, Baldwin / Außenminister Lord Reading

London, 25. Aug. Um 12.30 Uhr wurde die neue Ministerliste amtlich bekanntgegeben. Das Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen:

- Ministerpräsident: Macdonald (Arbeiterpartei),
- Schatzkanzler: Snowden (Arbeiterpartei),
- Präsident des Staatsrates: Baldwin (konservativ),
- Außenminister: Lord Reading (liberal),
- Minister für die Dominions und für die Kolonien: Thomas (Arbeiterpartei),
- Lordkanzler: Lord Sankey (Arbeiterpartei),
- Innenminister: Sir Herbert Samuel (liberal),
- Minister für Indien: Sir Samuel Hoare (konservativ),
- Gesundheitsminister: Neville Chamberlain (konservativ),
- Landwirtschaftsminister: Sir Philip Cunliffe-Lister (konservativ),
- Ausfahrtminister: Lord Amulree (Arbeiterpartei),
- Erster Lord der Admiralität: Sir Austen Chamberlain (konservativ),
- Minister für Schottland: Sir Archibald Sinclair (liberal),
- Kriegsminister: wird später bekanntgegeben,
- Ernährungsminister: Sir Donald Maclean (liberal),
- Landwirtschaftsminister: wird später bekanntgegeben,
- Arbeitsminister: Sir Henry Waterton (konservativ),
- Minister für öffentliche Arbeiten: Marquis von Londonderry (konservativ),
- Kanzler der Grafschaft von Lancaster: Marquis von Northampton (konservativ).

Der Präsident des Staatsrats, Baldwin, ist Führer der Regierungsparteien im Parlament.

Frankreich über die englische Krise

Paris, 25. Aug. Die französische Öffentlichkeit beobachtet mit gespanntester Aufmerksamkeit weiter die Vorgänge in England. Gingen doch von ihrer Entwicklung hochbedeutende Entschlüsse für die zukünftige innerpolitische Orientierung Frankreichs, sowie für wichtige ausländische Ereignisse ab. Der wird Vorsitzender der allgemeinen Abrüstungskonferenz des nächsten Jahres, nachdem Henderson mit Zustimmung die Führung der Arbeiteropposition übernehmen soll? Diese Frage beschäftigt vor allem die dem Außenministerium und dem Generalstab nachstehenden Kreise. Eine Spaltung der englischen Arbeiterpartei hält man in Paris für die unvermeidliche Folge der Beauftragung Macdonalds mit der Bildung des Kabinetts der nationalen Regierung.

Macdonald persönlich und auch Schatzkanzler Snowden können das Vob der bürgerlichen französischen Presse für sich verbuchen, weil sie im entscheidenden Augenblick das Wohl der Gesamtheit über die Parteinteressen gestellt haben. Macdonald und Snowden sind aus dem tragischen Experiment der letzten Vergangenheit dank ihres politischen Klartandes und ihrer Entäußerung ungewisslich gereifter und gewachsen hervorgegangen, meint anerkennend der „Matin“. Das „Journal“ fürchtet um das Ansehen der konservativen Partei in England, die alle Ausschüßen und das Parteiprogramm auf Spiel setze. Für die konstitutionelle Auffassung des englischen Königs findet der „Petit Parisien“ Worte der Anerkennung. Von den gemäßigten Blättern schreibt u. a. die „Free Press“: Macdonald habe nicht auf sein Ideal und seine politische Auffassung verzichtet. Der bisherige Premier habe bewiesen, daß er nicht das sozialistische Gebäude auf dem Ruin der Nation aufbauen wollte.

Am bezeichnendsten für die Niederlage ist der Klageruf des französischen Sozialistenführers Leon Blum. Blum sieht die Dinge weit weniger gefährlicher an und bemerkt sich, den Erfolg der Labour-Party als so gering wie möglich hinzustellen. Für Blum ist nicht die Hartnäckigkeit der Gewerkschaften, Opfer zur Rettung des Landes auf sich zu nehmen, schuld an dem Mißtritt der Regierung, sondern die große reaktionäre Presse, die die grundlose Panik herbeigerufen und ausgebeutet habe. Das englische Arbeiterkabinett haben die gleichen Wunden getränkt, wie in Frankreich die Regierungen Derrier, Painlevé und Briand. Der Führer der französischen Sozialdemokratie sieht die schlimmsten Gefahren für die englische Arbeiterpartei voraus, die gestern noch die mächtigste sozialistische Partei der Welt war. Das englische Beispiel werde allen Mächten der Reaktion voranschreiben, die in Europa die Fortschritte der sozialen Gesetzgebung bedrohen. „Das ist hart und traurig“, meint Blum in ephemerer Resignation.

Amerikanisches Finanzultimatum an England?

London, 25. Aug. Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ führt bereits den Kampf gegen „das Kabinett der Persönlichkeiten“, von dem Macdonald gestern gesprochen hat. Auf seiner ersten Seite bringt das Blatt in großer Aufmachung eine Meldung seines politischen Korrespondenten, der behauptet, amerikanische Bankiers hätten bei der innerpolitischen Krise Englands eine Rolle gespielt. Die zurückgetretene Regierung sei von der Bundesreservebank in New York verständigt worden, sie sei nur bereit, der Bank von England weitere große Kredite zu gewähren, wenn erhebliche Abstriche an der Arbeitslosenunterstützung vorgenommen würden. Dieses New Yorker Ultimatum habe wesentlich dazu beigetragen, das Kabinett in der Frage der Währungsverminderung der Arbeitslosenunterstützung zu entweichen und die Klust sei noch erweitert worden durch das Drängen der Bank von England, die auf der Notwendigkeit der Kredite sogar unter den genannten Bedingungen beharrt hätte. Hinter der Forderung der amerikanischen Bankiers stehe die Besorgnis, wegen der in den Vereinigten



